

newsletter*

VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

Liebe Genossin, lieber Genosse,

die Haushaltswoche hat gezeigt, wie verantwortungslos und eigennützig die schwarz-gelbe Koalition regiert. Sie verfügt über Rekordsteuereinnahmen, und trotzdem plant sie neue Schulden. Die Zinsen steigen und steigen. Das Schuldendrama hat zum einen mit der schamlosen Bedienung von Klientelinteressen zu tun, mit wahnwitzigen Wahlgeschenken, mit grotesken Maßnahmen wie dem Betreuungsgeld und mit Fehlern in der Euro-Politik. Es ist offenkundig, dass die Rettung Griechenlands sehr teuer werden wird für die Deutschen, und zwar mit echtem Geld, nicht nur Garantien. Wann soll das Land das je zurückzahlen, wenn dort keine Strukturreformen stattfinden, keine Unternehmen investieren? Es ist die Aufgabe der Bundesregierung, sich um die Fortsetzung dieser Reformen zu kümmern.

Es wäre endlich an der Zeit, das den Menschen zu sagen. Peer Steinbrück und Frank-Walter Steinmeier haben zurecht von der Kanzlerin klare Worte verlangt. Aber sie tut es wieder einmal nicht, sie verleugnet, verschleppt, verzögert. Ob das einer „christlichen“ Koalition angemessen ist, möge jeder für sich beantworten. Stattdessen schwadroniert Merkel, diese Regierung sei die beste seit der Wiedervereinigung. Nur in einer Hinsicht: Sie hat mehr Versprechen gebrochen als jede andere Regierung.

Im Faktencheck auf unserer Website www.spdfraktion.de ist das Lavieren der Regierung noch einmal nachzulesen.

Am Freitagmittag hat der Bundesrat das geplante Steuerabkommen mit der Schweiz gekippt – es wandert nun in den Vermittlungsausschuss. Die SPD steht zu der Entscheidung, das ungerechte Abkommen abzulehnen. Das ist im Interesse aller ehrlichen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.

Herzliche Grüße

deine Petra Ernstberger

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, PETRA ERNSTBERGER MdB,
PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN, PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

REDAKTION UND TEXTE JOHANNA AGCI, STEFAN HINTERMEIER, LUTZ HÖTTLER, ALEXANDER
LINDEN, ANJA LINNEKUGEL
TELEFON (030) 227-510 99 / **E-MAIL** REDAKTION@SPDFRAKTION.DE

REDAKTIONSSCHLUSS: 23.11.2012 11.00 UHR

Inhaltsverzeichnis

02 Top-Thema: Haushaltsdebatte	06 Entwicklungsetat stark gekürzt
03 Merkel hat Angst vor der Wahrheit	07 Aus für Projekte gegen Rechts
04 Kindeswohl und Religionsfreiheit abwägen	08 Otto-Wels-Preis der Fraktion ausgelobt
06 Patriot-Raketen in die Türkei?	09 Faktencheck: Merkels Märchenstunde

TOP-THEMA

„Schluss mit der Stümperei!“ – Steinbrück warnt die Kanzlerin in der Haushaltsdebatte

„Jede Frittenbude wird besser gemanagt als Ihre Energiewende“, sagte Peer Steinbrück zu Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) in der Generaldebatte zu den Haushaltsberatungen am Mittwoch im Bundestag. Er attackierte Merkel und deren Chaostruppe auf der Regierungsbank scharf und zeigte an etlichen Beispielen, wie dilettantisch die Koalition agiert – und wie verlogen.

Steinbrück, der als erster noch vor der Kanzlerin im Plenum sprach, stellte zunächst fest, dass Deutschland auf den ersten Blick gut dastehe; dem Mittelstand geht es recht gut, die Arbeitslosenquote ist gering, die Steuereinnahmen sind hoch. „Wir sind wie Alice im Wunderland“, konstatierte Steinbrück und fügte nach kurzer Pause an: „trotz dieser Bundesregierung!“

Er habe im internen Recherchesystem des Bundestages recherchiert und bei Schwarz-Gelb keinen einzigen Treffer zum Thema Mittelstand gefunden. Steinbrück: „Sie sorgen nicht vor für schwierige Zeiten, so wie die SPD es in der Großen Koalition getan hat, zum Beispiel mit Maßnahmen wie der Kurzarbeit. Sie beschäftigen sich nicht mit den Themen, die den Menschen unter den Nägeln brennen.“ Steinbrück fragte die Kanzlerin: „Was sagen Sie zu den steigenden Mieten? Was sagen Sie zur Spaltung des Arbeitsmarktes? Was sagen Sie zur ungerechten Bezahlung von Frauen und Männern? Sie haben nur die Flexi-Quote zu bieten. Aber wo ist Ihre Initiative zur Entgeltgleichheit?“

Der SPD-Finanzexperte nahm sich auch der verkorksten Energiewende der Koalition an. „Sie veranstalten einen Gipfel nach dem anderen. Aber weiß noch irgendjemand, welcher Gipfel welches Ergebnis hatte?“, fragte Steinbrück. Merkel biete „Gipfel statt Strategien, Palaver statt Lösungen“.

„Sie sind nicht die Präsidentin!“

Er schlussfolgerte: „Sie kämpfen nur mit und für sich, aber nicht für die Menschen.“

Steinbrück erinnerte die Kanzlerin an ihre originäre Aufgabe: „Sie schweben nicht wie eine Präsidentin über Ihrem Kabinett, wir haben nämlich schon einen Präsidenten. Sie sind als Chefin direkt verantwortlich für Ihr Kabinett und die schlechte Arbeit“. Die Koalition bediene nur Einzelinteressen. Er fragte Merkel, wo sie das gelernt habe, sich nie zu äußern in der

Innenpolitik, immer so lange zu warten, bis es eine Mehrheitsmeinung gebe und dann auf den Zug zu springen. Er rief der Regierung zu: „Ihre Stümperei muss aufhören!“

Stattdessen sei es endlich an der Zeit, dass die Regierung den Menschen die Wahrheit sage über Griechenland, endlich Klartext rede. Als Beispiel führte er an, dass Griechenland auch in den nächsten zehn Jahren nicht zu seriösen Konditionen an die Kapitalmärkte zurückkehren kann. Merkel solle endlich eingestehen, dass wir uns längst in einer Haftungsunion befinden. „Sagen Sie einfach, was ist, Frau Merkel. Damit beginnt jede Politik.“

Er erinnerte die Kanzlerin an ihre Versprechen, für einen Wachstums- und Beschäftigungspakt für Europa zu sorgen, für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Steinbrück warnte ganz deutlich: „Führen Sie uns hier hinter die Fichte, holen wir für Sie die Kastanien nicht mehr aus dem Feuer, wenn Sie uns brauchen!“

Steinmeier: Situation mit Griechenland bedrückend

Zuvor hatte sich SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier vor der Presse geäußert. Er nahm Stellung zu den Ausführungen von Finanzminister Schäuble (CDU), der am Mittwochmorgen die Fraktionssitzung der SPD besucht hatte. Steinmeier sagte, der Bundeshaushalt für 2013 sei "schon nächste Woche wieder Makulatur", sprich, veraltet. Die Regierung könne neue Griechenland-Hilfen weder beziffern noch erklären, woher das Geld genau kommen solle. Erkennbar sei nur, dass es den Haushalt im kommenden Jahr belasten werde. Steinmeier: "Die Debatte um einen Schuldenschnitt ist gescheitert. Es werden also wieder rote Linien gesetzt, die die Regierung am Ende überschreiten muss. So kommen wir nicht über die Runden." Die gegenwärtige Situation, wie es mit Griechenland weitergehe, empfindet der Fraktionschef als "bedrückend". Und ärgerlich ist für ihn, dass die Haushaltsberatungen zwar am Freitag dieser Woche abgeschlossen sein sollen, am Montag dann aber erst bei einem Euro-Gipfel entschieden werden soll, wieviel Steuergeld für weitere Griechenland-Hilfen 2013 aufgewendet werden muss. "Das ist kein ordentlicher Umgang mit dem Parlament", so Steinmeier. Wolfgang Schäuble tue so, als ob man mit neuen Krediten das Problem in die Zukunft legen könne.

Griechenland hatte auf eine Lösung gehofft, weil das klamme Land dringend frisches Kapital braucht. Doch in der vergangenen Nacht konnten sich die Finanzminister der Euro-Länder nicht auf eine gemeinsame Lösung einigen.

Oppermann: „Merkel hat Angst, die Wahrheit zu sagen“

„Ich begrüße Sie zum 100. Pressegespräch“ – mit diesen Worten eröffnete der Erste Parlamentarische Geschäftsführer Thomas Oppermann am Dienstag seine wöchentliche Presserunde in Sitzungswochen. Oppermann erzählte den Journalistinnen und Journalisten von seiner ersten Presserunde vor fünf Jahren. „Damals war das Thema die Wahlrechtsreform, und ich war gegen die Überhangmandate. Doch der damalige PGF der Union hieß Norbert Röttgen, er war dafür.“

Oppermann äußerte sich dann zur politischen Lage. Der Bundesregierung attestierte er eine „zerrüttete Beziehung“. Sie befinde sich „im Trennungsjahr“. Einerseits würden die Partner sich nach den guten, alten Zeiten zurücksehnen, andererseits aber auch schon nach neuen Partnern umschaun. Oppermann: „Wir betrachten das amüsiert. Das Trennungsjahr ist für niemanden schön. Aber es geht ja vorüber. Und dann werden wir regieren.“

Zum Haushalt bemerkte Oppermann, dass die Bundesregierung Geld ausbebe, das ihr nicht gehöre. „Diese Koalition lebt von Vorräten, die andere angelegt haben“, sagte er. Trotz

Rekordsteuereinnahmen mache die Regierung neue Schulden. Fakt ist: Die jährlichen Zinszahlungen steigen immer weiter. Nächstes Jahr werden sie schon bei 31 Milliarden Euro liegen. 2016 bei 41 Milliarden Euro. Das schränkt den haushaltspolitischen Gestaltungsspielraum immer weiter ein. Oppermann: „Wann, wenn nicht jetzt, ist es möglich, Vorsorge für schlechtere Zeiten treffen?“ Stattdessen ergehe sich die Koalition in Aktionen wie dem Betreuungsgeld, von dem keiner wisse, wie es eigentlich finanziert werden soll. Im Haushalt stehe es nur als „Globale Mehrausgabe“.

Die SPD werde mit Regierungsübernahme Schluss machen mit dem Betreuungsgeld, Steuersenkungen auf Pump und einer Steuerpolitik, bei der die Reichen ihre Steuern am Fiskus vorbei schleusen können.

Merkel hat Angst vor der Bundestagswahl

Mit Blick auf Griechenland erklärte Oppermann, die Bundesregierung versuche sich mit einer Mixtur aus Lügen, Verschleiern und Verzerrern bis zur Bundestagswahl durchzumogeln. „Frau Merkel weiß ganz genau, dass uns Griechenland teuer zu stehen kommen wird; sie muss es den Menschen jetzt endlich sagen.“ Seit drei Jahren würden die Probleme Griechenlands mit Geld zugedeckt, doch echte Strukturreformen, wie etwa Korruptionsbekämpfung und Investitionshilfen für Unternehmen, gebe es keine. „Die Regierung stellt Griechenland erhebliche Mittel zur Verfügung, Geld der Steuerzahler, darum muss sie sich auch kümmern, dass das Land grundlegend reformiert wird“, so Oppermann weiter.

Angela Merkel habe große Angst vor der Wahl und davor, dass sie bei einem dritten Griechenland-Hilfspaket definitiv keine eigene Mehrheit mehr zustande bringt. Darum verschleppe sie das Problem. Das habe sie vor der NRW-Wahl 2010 auch so praktiziert, ein zweites Mal werde das nicht gelingen.

„Die Bundesregierung ist am Zug, sie muss nun dem Parlament erklären, wie es mit Griechenland weitergeht und woher die Gelder dafür kommen sollen“, sagte Oppermann und ergänzte: „Damit der Bundestag seiner Verantwortung gerecht werden kann, muss die Regierung sagen, was sie will. Das können und werden wir ihr nicht abnehmen.“

RECHTSPOLITIK

Kindeswohl und Religionsfreiheit abwägen

Nachdem das Urteil des Kölner Landgerichts vom Mai 2012 die Beschneidung von minderjährigen Jungen als rechtswidrige Körperverletzung geahndet hat, besteht bei jüdischen und muslimischen Eltern sowie bei Ärztinnen und Ärzten große Verunsicherung. Deshalb hatte der Bundestag im Juli mehrheitlich beschlossen, dass die Bundesregierung noch im Herbst 2012 einen Gesetzentwurf vorlegen soll, der die Beschneidung für die jüdische und muslimische Glaubensgemeinschaft weiterhin ermöglichen soll. Zudem sollte er die unterschiedlichen Rechtsgüter abwägen.

Bislang ist die Beschneidung minderjähriger Jungen ohne medizinische Indikation in Deutschland nicht geregelt. Am 22. November hat der Bundestag in einer sehr sachlichen und dem Thema angemessenen Debatte den Gesetzentwurf der Bundesregierung (Drs. 17/11295) sowie den der Kinderbeauftragten der SPD-Fraktion, der kinderpolitischen Sprecherinnen der Grünen und Linken und 66 Abgeordneten (Drs. 17/11430) in 1. Lesung diskutiert.

Strafrecht ist kein Mittel zur religiösen und kulturellen Belehrung

Kein noch so guter Gesetzentwurf zu dem Thema sei 100-prozentig zufriedenstellend, sagte der rechtspolitische Sprecher der SPD-Fraktion Burkhard Lischka. Es gehe um einen

Wertekonflikt. Und es gehe darum, wie viel Freiheit „wir uns gegenseitig zugestehen.“ Der Schutz der körperlichen Unversehrtheit von Kindern sei genauso elementar wie der mancher Glaubensinhalte einer Religion. Er vermisse in der öffentlichen Debatte den gegenseitigen Respekt. Weder sei denen, die die Beschneidung ablehnten, Antisemitismus und Islamophobie zu unterstellen, noch sei denen, die die Beschneidung befürworteten, der Ausverkauf von Kinderrechten vorzuwerfen. Lischka persönlich sei eine Beschneidung von kleinen Jungen fremd. Aber er spreche jüdischen und muslimischen Eltern, für deren Religion die Beschneidung identitätsstiftend ist, nicht ab, ihre Kinder zu lieben. Eine gesetzliche Regelung der Beschneidung sei notwendig, um Eltern, Ärzte und Beschneider nicht strafrechtlich zu belangen, räumte Lischka ein. Das Strafrecht sei kein Mittel zur religiösen und kulturellen Belehrung. „Auf Grund unserer Geschichte haben wir die Verpflichtung, sehr sensibel gegenüber dem jüdischen Glauben zu sein,“ sagte Lischka. Das Gesetz solle Kinder vor unnötigen Schmerzen und unsachgemäßen Eingriffen schützen. Der Eingriff müsse medizinisch fachgerecht durchgeführt werden. Über den Eingriff und seine Folgen müsse ärztlich aufgeklärt werden, unnötige Schmerzen seien durch lokale Anästhesie zu vermeiden, und die Jungen müssten ein Vetorecht haben. Er forderte ein, dass auf der Grundlage des Gesetzentwurfs der Bundesregierung sachlich diskutiert und gemeinsam gesehen werde, wo das Gesetz noch verbessert werden könne. Burkhard Lischka hat zusammen mit SPD-Fraktionsvize Christine Lambrecht einen Änderungsantrag zum Gesetzentwurf der Regierung initiiert.

Beschneidung nur mit Einwilligung des Kindes

Der alternative Gesetzentwurf zu dem der Bundesregierung stelle das Kinderrecht und das Kindeswohl ins Zentrum, erläuterte Marlene Rupprecht, Kinderbeauftragte der SPD-Fraktion und eine der drei Initiatorinnen des Gegenentwurfs. Eltern hätten das Recht, ihre Kinder auch religiös zu erziehen. „Dieses Recht endet dort, wo das Recht auf körperliche Unversehrtheit verletzt wird“, sagte Rupprecht. Da es sich bei der Beschneidung um einen „massiven, irreversiblen Eingriff“ handele, der medizinisch nicht notwendig sei, müsse das Kind selbst einwilligen, und zwar im Alter von 14 Jahren. Der Eingriff solle nur von Kinderchirurgen oder Urologen vorgenommen werden. Rupprecht bedauerte, dass das Gesetz ohne Zeit für eine intensive Diskussion beschlossen werden solle, auch deshalb habe sie gemeinsam mit anderen diesen Entwurf vorgelegt.

Die Güterabwägung der Kinderrechte, des elterlichen Sorgerechts und der Religionsfreiheit sei im Gesetzentwurf der Bundesregierung gelungen, bescheinigte Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse. „Eine Gemeinschaft kann nicht ohne Respekt von Unterschieden funktionieren“, sagte er. Kinder hätten ein Recht auf religiöse Erziehung und auf Zugehörigkeit zu einer religiösen Gemeinschaft. Er wies darauf hin, dass es in der Diskussion um die Beschneidung auch „um die Beschneidung des jüdischen und muslimischen Glaubens“ gehe.

Bedeutung der Beschneidung für Juden und Muslime akzeptieren

„Juden und Muslime gehören zu Deutschland“, stellte Kerstin Griese, Beauftragte der SPD-Fraktion für Kirchen und Religionsgemeinschaften, fest. Das gelte vor allem für die Zukunft einer multireligiösen Gesellschaft. Erst seit dem Kölner Urteil stehe das Ritual der Beschneidung zur Diskussion, die viele Juden und Muslime verunsichert habe. Es sei wichtig, die Diskussion mit Juden und Muslimen über die Beschneidung und ihre Bedeutung auf Augenhöhe zu führen. Es gehe um die Akzeptanz der Bedeutung der Beschneidung für Juden und Muslime. Griese führte aus, dass der UN-Kinderrechtsausschuss die Beschneidung von Jungen nicht generell in Frage stelle, sondern nur die hygienisch nicht einwandfreien Bedingungen z. B. in Afrika. Sie wies auch darauf hin, dass Kinder vor der Religionsmündigkeit mit 14 Jahren erst einmal die Religion kennenlernen müssten, um sich für oder gegen sie zu entscheiden. Bei der gesetzlichen Regelung komme es darauf an Standards für die Beschneidung festzulegen. Hier seien die Empfehlungen des Ethikrates hilfreich gewesen. Auch Kerstin Griese forderte dazu auf, die Änderungsanträge ernsthaft zu diskutieren.

Informationen zu den Gesetzentwürfen und den Änderungsanträgen sowie zum Hintergrund gibt es hier: <http://www.spdfraktion.de/themen/kindeswohl-und-religionsfreiheit-abwaegen>

AUSSENPOLITIK

Deutsche Patriot-Raketen in die Türkei? Nicht ohne Bundestagsmandat

Die SPD hatte Anfang dieser Woche von einer möglichen Anfrage des NATO-Partners Türkei nach deutschen Patriot-Flugabwehrraketen zum Schutz des türkischen Luftraums erst aus der den Medien erfahren.

Frank-Walter Steinmeier kritisierte die Bundesregierung daher zurecht: „... sie muss gegenüber dem Bundestag offenlegen, welche Anforderungen der Türkei vorliegen und wie sie eine Stationierung in der Gesamtlage beurteilt. Nur dann kann dies dann verantwortlich entschieden werden.“

Thomas Oppermann unterstrich, dass die Türkei das gute Recht habe, die NATO um Unterstützung zu bitten, doch müsse „sehr sorgfältig geklärt werden“, ob die Türkei tatsächlich angegriffen werde. „Das ist für mich noch nicht klar“, betonte er.

Nur die USA sowie die europäischen NATO-Mitglieder Deutschland und die Niederlande verfügen über modernisierte Patriot-Systeme. Eine eventuelle Verlegung der Abwehrraketen soll einen rein defensiven und vorsorglichen Charakter haben. Was die deutsche Beteiligung betrifft sind derzeit die Stationierung von ein bis zwei Staffeln mit je 85 deutschen Soldaten im Gespräch.

Ein Einsatz an der türkisch-syrischen Grenze kann durchaus gefährlich werden, da Risiken einer Eskalation an der Grenze nicht auszuschließen sind. Deswegen ist auch ein deutscher Einsatz im Rahmen der NATO bundestagsmandatspflichtig.

Am Mittwoch ging die offizielle Bitte der Türkei um Unterstützung bei der NATO ein. Nun wird der Bundestag wohl vor Weihnachten über die Patriot-Mission entscheiden müssen. Die SPD-Fraktion hat aus Gründen der Bündnissolidarität positive Signale einer grundsätzlichen Unterstützung für den Patriot-Einsatz signalisiert. „Ich gehe davon aus, dass die SPD mitmacht“, sagte der Verteidigungspolitiker der Sozialdemokraten im Bundestag, Hans-Peter Bartels, der Mitteldeutschen Zeitung. Er fügte hinzu, es gehe auch kaum anders, „wenn ein Bündnispartner um Hilfe bittet“. Bartels betonte: „Wenn wir es nicht täten, wäre das ein fatales Signal.“

ENTWICKLUNGSPOLITIK

Entwicklungsetat um 124 Millionen Euro gekürzt

Am Mittwoch nahm bei den Haushaltsberatungen zum Entwicklungsetat der Regierung eine Posse in drei Akten ihr vorläufiges Ende:

Akt 1: In der Koalitionsvereinbarung von Union und FDP heißt es: „Wir wollen trotz Finanzkrise die internationalen Verpflichtungen zur schrittweisen Erhöhung der deutschen öffentlichen Entwicklungsleistungen auf 0,7 Prozent des Bruttonationalproduktes einhalten.“ Nota bene: Dazu verpflichteten sich die Industrieländer schon vor über 42 Jahren. Deutschlands Quote liegt derzeit bei 0,4 Prozent.

Akt 2: Vor gut anderthalb Jahren forderten Entwicklungspolitikerinnen und Entwicklungspolitiker aus allen Bundestagsfraktionen in einem gemeinsamen Aufruf eine deutliche Aufstockung der

Mittel für Entwicklungszusammenarbeit, um auf die 0,7-Prozent-Quote zu kommen. Mehr als 370 von 620 Abgeordneten unterstützen dieses Vorhaben. Denn ohne Mittelaufwuchs sind die Millenniumsziele nicht zu erreichen und unsere internationalen Verpflichtungen nicht zu erfüllen. Seit Amtsantritt von Angela Merkel (CDU) wurde der Etat für Entwicklungszusammenarbeit für 2013 erstmals gekürzt. In der Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses wurde der Haushalt von Minister Niebel (FDP) gegenüber dem Entwurf um 124 Millionen Euro gekürzt. Einer der Verfechter dieser Kürzung war der FDP-Politiker Koppelin.

Akt 3: Zur Debatte wurde ein Antrag eingebracht, mit dem diese Kürzung wieder rückgängig gemacht werden sollte. Die SPD hat diesen Antrag geschlossen unterstützt. In der Debatte brachte es Martin Gerster auf den Punkt: „Wenn wir in Deutschland mit dieser doch sehr guten finanziellen Situation knausern, dann ist das wirklich ein Armutszeugnis.“

Der Antrag wurde von Schwarz-Gelb abgelehnt und der reduzierte Haushalt beschlossen – auch mit der Stimme von Bundesminister Niebel. Dass in den Reihen der Entwicklungspolitik der Union reger Unmut herrscht, zeigen fünf Stimmenenthaltungen von prominenten Unionsabgeordneten.

FAMILIENPOLITIK

Aus für Projekte gegen Rechts 2014

Nun ist es raus: Die Regierungskoalition lässt Projekte gegen Rechtsextremismus, die aus dem Haushaltstitel „Maßnahmen zur Stärkung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend finanziert werden, 2014 im Regen stehen. Bis kurz vor der Abstimmung hat die SPD-Bundestagsfraktion versucht, die Koalition umzustimmen – leider ohne Erfolg.

Erneut beweist die zuständige Jugendministerin Kristina Schröder (CDU), dass sie für zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechts wenig übrig hat: Erst hat sie ideologisch motiviert die Themen Islamismus und Linksextremismus mit dem Rechtsextremismus auf eine Stufe gestellt. Danach stellte sie Initiativen gegen Rechts unter Extremismusverdacht und verlangte von ihnen eine Verfassungstreueerklärung. Schon vor einem Jahr wollte Schröder den Etat für Programme gegen Rechtsextremismus für 2012 um 2 Millionen Euro absenken, was ihr glücklicherweise damals nicht gelungen ist.

Schröder verweigert finanzielle Absicherung für 2014

Im Jahr 2013 stehen für die Projekte, die aus dem Haushaltstitel „Maßnahmen zur Stärkung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ finanziert werden, wie auch die Jahre zuvor 29 Millionen Euro bereit. Doch für 2014 wollte Ministerin Schröder den Projekten, die sich vor allem gegen Rechtsextremismus richten, keine Perspektive geben. Dadurch werden nur 26 Prozent der Projekte Anfang 2014 weitermachen können. 74 Prozent stehen vor dem Aus. Dies hätte Schröder mit einer Verpflichtungsermächtigung für die Bewilligung der Mittel 2014 verhindern können. Doch sie ließ diese Möglichkeit ungenutzt.

In der Debatte um den Etat des Ministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend erinnerte Sönke Rix, Sprecher der Arbeitsgruppe Strategien gegen Rechtsextremismus der SPD-Fraktion, an den vom Bundestag einstimmig beschlossenen Antrag, in dem es heißt: „Wir müssen gerade jetzt alle demokratischen Gruppen stärken, die sich gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus engagieren. Wir werden prüfen, wo dem Hindernisse entgegenstehen.“ Diesen Antrag, der vor einem Jahr im Lichte der bekanntgewordenen Terroranschläge durch den NSU verabschiedet wurde, haben alle Fraktionen getragen. Doch die Ministerin habe danach nicht gehandelt. Dafür solle sie sich schämen, sagte Rix. Er bekräftigte, dass für die erfolgreiche Arbeit der Projekte gegen Rechtsextremismus eine

kontinuierliche Finanzierung unerlässlich sei. Er wies die Ministerin und die Koalition auf ihre Verantwortung hin. Die SPD-Fraktion hat einen Änderungsantrag für die Sicherstellung der Finanzierung der Projekte vorgelegt, den die Koalitionsmehrheit abgelehnt hat.

Die Förderprogramme gegen Rechtsextremismus laufen Ende 2013 aus. Wegen der Bundestagswahl im Herbst nächsten Jahres ist davon auszugehen, dass der Folgehaushalt erst im Frühjahr 2014 verabschiedet wird. Somit steht ein Projektsterben bevor, weil die Finanzierung nicht rechtzeitig gesichert wurde. Das hat Schwarz-Gelb zu verantworten. Das und vieles andere wird die SPD nach der Wahl im nächsten Jahr reparieren müssen.

VERANSTALTUNG/WETTBEWERB

SPD-Fraktion lobt „Otto-Wels-Preis für Demokratie“ aus

Wie können wir unsere Demokratie stärken und gegen Rechtsextremismus und Intoleranz verteidigen? Die SPD-Fraktion ruft junge Menschen aus Deutschland auf, sich mit diesen Fragen in kreativer Weise auseinanderzusetzen. Die SPD-Bundestagsfraktion hat dazu einen Kreativwettbewerb ausgeschrieben. Den Gewinnerinnen und Gewinnern winken Geldpreise und eine Einladung nach Berlin.

Am 23. März 2013 jährt sich die Rede des SPD-Reichstagsabgeordneten Otto Wels gegen das nationalsozialistische Ermächtigungsgesetz zum 80. Mal. Mit dem Gesetz trat der Reichstag seine Rechte als Gesetzgeber an das NS-Regime ab und besiegelte damit das Ende der Weimarer Demokratie. Allein die sozialdemokratische Fraktion widersetzte sich und stimmte gegen die Ermächtigung Hitlers.

Die Rede von Otto Wels und sein mutiges Eintreten für die Demokratie haben bis heute eine bleibende Aktualität. Wie die Verbreitung rechtsradikaler, rassistischer und antidemokratischer Einstellungen und nicht zuletzt die Mordserie der rechtsextremistischen Terrorzelle NSU zeigen, müssen wir unsere freiheitliche Demokratie stets aufs Neue verteidigen und bewahren. Dafür das Bewusstsein der jungen Generation zu schärfen, ist das Anliegen des „Otto-Wels-Preises für Demokratie“ der SPD-Bundestagsfraktion.

Beteiligen können sich Jugendliche und junge Erwachsene im Alter zwischen 16 und 21 Jahren. Drei Wettbewerbsaufgaben stehen zur Auswahl. Die Jugendlichen können beispielsweise eine Rede verfassen oder eine Demokratie-Kampagne gestalten. Zugelassen sind Einzel- und Gruppenarbeiten von maximal drei Teilnehmern.

Die Gewinnerinnen und Gewinner laden wir im März zur Preisverleihung nach Berlin ein. Für die drei besten Arbeiten winken attraktive Preise. Ausschreibung und Teilnahmeformular sind unter www.spdfraktion.de/ottowelspreis abrufbar. Einsendeschluss ist der 4. Februar 2013.

SCHWARZ-GELB IM FAKTENCHECK

Merkels Märchenstunde

Sie führe die „erfolgreichste Regierung“, behauptete die Kanzlerin am Mittwoch im Bundestag. Stimmt: Keine andere Regierung hat mehr Versprechen gebrochen als Merkels Kabinett.

„Diese Bundesregierung ist die erfolgreichste seit der Wiedervereinigung“, behauptete Merkel in der Generaldebatte im Bundestag. „Dreist“, kommentiert die Süddeutsche Zeitung. „Schamlos und frech“, schreibt die Leipziger Volkszeitung. „Merkels Märchen von der Superregierung“, titelt Spiegel online.

Das Selbstbild der Kanzlerin und das Bild der Deutschen von ihrer Regierung könnten gegensätzlicher kaum sein. Zwei Drittel der Bürgerinnen und Bürger sind überzeugt: Merkels Regierung kümmert sich nicht um die Zukunftsprobleme des Landes. 70 Prozent kritisieren, dass Schwarz-Gelb nur Klientelinteressen bedient und das Allgemeinwohl vernachlässigt.

Wir haben die Politik der schwarz-gelben Bundesregierung unter die Lupe genommen und gefragt: Welche Versprechen hat die Kanzlerin der Bevölkerung gemacht? Welche Ankündigungen stehen im schwarz-gelben Koalitionsvertrag? – Und was ist daraus geworden?

Das Ergebnis ist eindeutig: Merkel und ihr Kabinett versprechen viel und halten wenig. Reden und Handeln klaffen bei dieser Bundesregierung meilenweit auseinander – so wie bei Merkels Märchenstunde am Mittwoch im Bundestag.

Wir veröffentlichen Teil 1 unseres Fakten-Checks: Die gebrochenen Versprechen von Schwarz-Gelb in den Bereichen Arbeit und Soziales, Finanzen, Steuern und Haushalt, Bändigung der Finanzmärkte sowie Bildung und Forschung.

Der Faktencheck ist hier zu finden: <http://www.spdfraktion.de/themen/schwarz-gelb>

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/merkel-im-muenchhausen-check-die-erfolgreichste-bundesregierung-a-868618.html>

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/muenchhausen-check-merkel-und-schaeuble-ueber-die-euro-krise-a-867147.html>

Weitere Informationen gibt es auch hier:



www.spdfraktion.de/facebook



www.spdfraktion.de/googleplus



www.spdfraktion.de/twitter



www.spdfraktion.de/youtube



<http://www.spdfraktion.de/flickr>